

3./IV. 1919

Der Volkswirt.

Staatssekretär Dr. Schumpeter über die Finanzpolitik und ihr Ziel.

Die staatlichen Kreditoperationen.

Die Beratung der Vorlage über die staatlichen Kreditoperationen — das Gesetz wurde gestern in zweiter und dritter Lesung angenommen — bot dem Staatssekretär der Finanzen Dr. Schumpeter die Gelegenheit, zum erstenmal vor der Nationalversammlung die Gesichtspunkte, von denen er sich leiten lassen will, nicht zu entwickeln, wohl aber anzudeuten. Er will so schnell als möglich an das große Werk der Vermögensabgabe schreiten. Diese Abgabe soll energisch durchgeführt werden und dem Abbau der Kriegslasten dienen, aber sie müsse auch dem Gedanken der Zeit, der Sozialisierung, dienstbar gemacht werden. Ein Niederbruch der Finanzen bedeutet, wie der Staatssekretär darlegte, nicht mehr und nicht weniger als einen Niederbruch des gesamten sozialen Organismus. Die Finanzpolitik greife bis in die fernsten Winkel der ärmlichsten Stube. Der Leiter des Finanzressorts kennzeichnete den Ernst der Lage, über den man sich klar sein müsse, der Ausklang seiner Rede hatte jedoch einen helleren Ton und kündigte die Möglichkeit einer Besserung in wenigen Jahren an.

Wir lassen nun den Bericht folgen:

Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler referiert über das Gesetz betreffend Kreditoperationen. Die Anspruchnahme des Kredits bedeutet nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für den Staat, sondern auch für die ganze Bevölkerung, da der Kredit, den wir vom Auslande in Anspruch nehmen, die Möglichkeit bietet, Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen.

Angesichts der gespannten Aufmerksamkeit, welche die Bevölkerung heute der Gesetzgebung widmet, empfahl es sich, bei der Fassung des Gesetzes alles zu vermeiden, was Beunruhigung in der Bevölkerung hervorrufen könnte.

Daraus ist das Bestreben des Ausschusses ersichtlich, dem ersten Punkt des § 1 eine Fassung zu geben, welche alle Befürchtungen von der Bevölkerung fernhält. Der in der Regierungsvorlage enthaltene Hinweis auf die Banknotenabstufung hätte mit Rücksicht darauf, daß sich die Umwechslungsinstitute heute mit der Umwechslung noch vielfach im Rückstand befinden, den Eindruck hervorrufen können, als ob es sich dem Staate darum handle, auf diese Umwechslungsrückstände zu greifen. Diese Absicht war der Regierung aber vollkommen fern gelegen. Die vom Ausschusse zuerst vorgenommene Aenderung hätte wieder die Mißdeutung hervorrufen können, als ob die Regierung beabsichtige, zwangsweise die Bestände der Postsparkasse in Anspruch zu nehmen. Nach Punkt 2 soll die Regierung ermächtigt werden, ausländische Kredite zum Zwecke der Erhaltung und Versorgung der Bevölkerung aufzunehmen. Daß dieser Kredit uns nur unter drückenden Bedingungen gewährt wird, erlärte sich aus unserer schwierigen Situation und ist eine Warnung für uns, unsere Situation nicht zu verschärfen. Der Berichterstatter bittet schließlich um Annahme der Vorlage.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter: Das Gesetz, um dessen Annahme ich Sie bitte, soll dem Staate Mittel zum Leben und dem Volke Lebensmittel geben. Für etwas anderes werden wir diese Kredite nicht ausgeben, das wissen Sie ja so gut wie ich. Es würde sich eigentlich gehören, wenn ich in dem Augenblick, wo ich von Ihnen eine ziemlich weitgehende Vollmacht erbitte, auf unsere finanzielle Situation und auf die Grundzüge der Finanzpolitik näher eingehen würde, die ich vor Ihnen vertreten will. Das geht aber nicht in der Geschwindigkeit, vor allem auch deshalb nicht, weil vorläufig ein ordnungsgemäßes Budget noch nicht vorhanden ist. Wir haben damit begonnen, daß wir dort, wo keine festen Grundlagen gegeben waren, von dem Gesamterfordernisse des untergegangenen Staates den Bevölkerungsschlüssel, also rund 36 Prozent, unter unsere Erfordernisse eingestellt haben. Sie wissen, daß dies nicht anders möglich war, Sie wissen aber natürlich auch, wie roh das Resultat sein muß. Wir werden, vorausgesetzt daß alle Zentralstellen uns die Ziffern zeitgerecht liefern, erst in einiger Zeit — sagen wir im Juni — so weit sein, um ein ordnungsgemäßes Budget, das auf wirklichen Daten beruht, liefern zu können. Dann wird Gelegenheit geboten sein, eine ordentliche Finanzdebatte abzuführen.

Die Hinterlassenschaft des alten Staates.

Obgleich uns nun die genauen Zahlen nicht zur Verfügung stehen, wissen wir doch genug, um uns über die Lage, das heißt so viel, wie über den Ernst der Lage vollkommen klar sein zu können. Der untergegangene Staat hatte im Augenblicke seines Unterganges Verpflichtungen im Betrage von ungefähr achtzig Milliarden inklusive der Kriegsschulden. Das ist aber noch das wenigste.